

Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1248.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenau und Dresden-Altkath.

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 800.— M., durch die Post bezogen monatlich 900.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 200.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonntagsnummer 70.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Zeile für 1000— M., die halbe Zeile für 500— M., auswärts 125.— M., Ausland 900 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Orientierungslinien 80 Proz.

Nr. 23

Dresden, Sonnabend den 27. Januar 1923

34. Jahrg.

Belagerungszustand in Bayern

In der Räpelzelle des deutschen Südens wären wir nun so weit, daß die Münchner Regierung mit den Geiseln, die sie gefangen, nicht mehr fertig wird. Aus München wird unterm 26. Januar von W. L. B. folgende Bekanntmachung gemeldet:

Der Druck der Feinde auf Deutschland verlangt zur Zeit gebieterisch die Zusammenfassung aller Kräfte zur einheitlichen Abwehr. Jetzt ist es nicht Zeit zu politischen Auseinandersetzungen, durch die die Gefahr von Zusammenstößen unter Deutschen heraufbeschworen wird. Den Führern der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei ist daher eröffnet worden, daß unter diesen Umständen anläßlich ihres Parteitagess Beschlüssen und Entschlüsse unter freiem Himmel nicht zugelassen werden. Sie haben durch Beschluß diese Beschlüsse abgelehnt und gebrocht, daß der staatlichen Gewalt Gewalt entgegenzusetzen würde. Damit hat die nationalsozialistische Arbeiterpartei den rechtmäßigen Boden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angesetzt. Am allen Sitzungen von Ruhe und Ordnung, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu begegnen, hat daher die Staatsregierung beschlossen, den Ausnahmezustand zu verhängen. Sie erwartet von allen Staatsbürgern genaueste Beachtung der bestehenden Gesetze und der ergehenden Anordnungen.

Eigentlich hätte der Ausnahmezustand längst vom Reich über die bayerische Regierung verhängt werden müssen, denn sie ist schuld an der kranken Entwicklung, die das politische Leben da unten genommen hat. Aber da die Regierung des Herrn von Krieger weiter nichts ist als die Vertreterin der bürgerlichen Parteien, so fällt die Schuld auf diese zurück. Die bayerische Obrigkeit hat die Rechtschaffenheit der Republik hegen lassen in allem Sprechen der Nationalsozialisten, das Korps Oberland, und wie sich die vereinigte faschistische Reaktion sonst noch nennen mag, schalten und walten lassen, wie sie wollten. Schon seit Monaten sind die Hitlerischen Vandalen in manchen Teilen Bayerns zur Landplage geworden — die bayerische Regierung rührte sich nicht. Jetzt ist ihr die reaktionäre Bewegung über den Kopf gewachsen, und da sie sich gegen den Parlamentarismus schlechthin richtet, ist ihr natürlich auch die Regierung der bürgerlichen Parteien des bayerischen Parlaments im Wege.

Man wird abwarten müssen, ob die bayerische Regierung nunmehr endlich gesetzliche Zustände in ihrem Amts-

bereich herbeiführen, ob sie endlich das Gesetz zum Schutze der Republik, das für das gesamte Reich gültig und bindend ist, anwenden wird. Wenn nicht, so muß die gesamte republikanische Bevölkerung Deutschlands verlangen, daß die Reichsregierung endlich eingreift, um diesen Herd der Gemeingefährlichkeit, den vor allem München darstellt, mit entsprechenden Maßnahmen zu lösen. Was ist das für ein merkwürdiges Land, in dem sich ein Luderdorff hinstellen und Reden halten kann, in denen er den „Geist Friedrichs des Großen“, das heißt in der Ludendorffschen Lieberlegung, den Geist des Mittelalters hoch leben läßt? Wie dachte dieser Höhe eines denkmäthigen Nationalismus, als er fahnenflüchtig mit der blauen Brille nach Schweden ging, wie dachte er über „Friedrich den Großen“, das Vaterland und den Geist des Aus- und Durchhaltens, als er Land und Heer im Stiche ließ! Just in dem Augenblicke, da Deutschland in größter Not war! Wo solche Geister, die schuld sind an allem Elend der vergangenen Jahre und der Gegenwart, an allem, was das deutsche Volk innen und außen bedrückt, solche Reden in aller Öffentlichkeit halten können, darf den Zeitgenossen eigentlich nichts mehr wundern.

Einstweilige Maßnahmen

München, 26. Januar. Im Zusammenhang mit der Verhängung des Ausnahmezustandes traf das Gesamtministerium zum Schutze und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Reihe einstweiliger Maßnahmen: Beschränkung der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, einschließlich Pressefreiheit, des Versammlungs- und Vereinsrechtes. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung werden besondere Beauftragte der Staatsregierung gestellt, in München der Polizeipräsident, für Nürnberg der Vorstand des Staatspolizeiamtes, für die übrigen Bezirke die Regierungspräsidenten. Diese besonderen Beauftragten, welche die Bezeichnung Staatskommissare führen, können Anordnungen erlassen, deren Übertretung mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu einer Million Mark bedroht wird. Sie sind berechtigt, die Hilfe der Wehrmacht anzufordern. Zum Generalstaatskommissar ist der Staatsminister des Innern Dr. Schmeier bestellt worden. Er ist verpflichtet, den Befehlen des Gesamtministeriums Folge zu leisten. Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes ist die vollziehende Gewalt auf den Generalstaatskommissar übergegangen. Sämtliche Behörden bleiben in ihrer Tätigkeit. Sie haben jedoch mit Ausnahme der Gerichte und der Militärbehörden den Anordnungen des Generalstaatskommissars Folge zu leisten.

Zuziehung der Schlinge

Weltgeschichtliche Folgen der Abdrofflung des Ruhrgebietes

Die Abschneidung des Ruhrgebietes vom Reich wird eine Tatsache. Alle Vorbereitungen der Franzosen gehen in dieser Richtung. Die entscheidenden Schritte sind in der Ausführung. Die Besetzung des Ruhrgebietes durch Militär ist vollkommen, französische Zollbeamte stehen bereit, die Eisenbahnen nimmt man in Verwaltung und Betrieb durch französische mobilisierte Eisenbahner, die Finanzverwaltung wird man bald völlig beherrschen. Die Schlinge wird zugezogen, sobald alle Positionen gesichert sind. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend sollten die letzten Maßnahmen vollendet sein. Die französischen Regierungsblätter haben den Plan enthüllt. Er lautet:

1. Errichtung einer Zolllinie durch Truppen und Zollbeamte an den Grenzen des Ruhrgebietes,
2. Ausweisung aller preussischen Beamten,
3. Ausgabe einer neuen Währung auf Frankfuß.

Dem Pariser Journal zufolge ist die Schaffung einer neuen Währung für Rheinland und Ruhrgebiet bereits Tatsache. Die Sachverständigen empfehlen, eine Rheinmark statt des Reichsmark zu schaffen. Die neuen Banknoten seien bereits in Druck gegeben.

Da die Reparationskommission zugleich beschlossen hat, daß Deutschland „allgemeine Verfehlungen“ begehe, so schuf man der französischen Regierung auch die „rechtlche“ Grundlage für jede weitere Gewalt.

Die französischen Pläne greifen freilich noch weiter. Der Besitz des Ruhrgebietes soll dem französischen Militarismus zwar Kohle und Eisen sichern, aber zugleich soll durch die politische Abschneidung das deutsche Wirtschaftsleben zerstört, das ganze deutsche Volk der französischen Gewalt hörig gemacht und das Reich zur Zerstückelung, zum Verfall getrieben werden. Gelänge dem französischen Imperialismus der Plan, so stünde Europa vor der furchtbaren Katastrophe. Denn die Folgen der gegenseitigen Ränke und nationalstiftlichen Zerfälschungen sind gar nicht zu ermessen.

Dem Ringen im Westen wohnt eine weltgeschichtliche Bedeutung bei. Ein entscheidender Faktor ist die Arbeiterklasse. Sie hat den Abwehrkampf in vorderster Front zu führen. Ihre Taktik muß beweglich sein, um zwar dem imperialistischen Eroberer die ganze soziale Macht des arbeitenden Volkes entgegenzustellen, zugleich aber bei der Abwehr keinen deutschen Imperialismus hochkommen zu lassen. Das Ringen muß so entschieden werden, daß der militärischen Gewalt überhaupt ihr Ende bereitet wird. Die soziale Demokratie und die Verständigung soll der Sieger in den Völkern und über die Völker sein.

Verhaftungen, Ausweisungen, Gewalttaten

Düsseldorf, 26. Januar. Der Polizeipräsident: Regierungsrat Degeller und der Bürgermeister sind von der Besatzungsbehörde verhaftet worden. Weiter wurden verhaftet: die Oberzolldirektoren Kerle, Her und Gieseler, alle drei in Kaldenkirchen, und Oberzolldirektor Perdis in Neuh. — Im Hauptpostamt Prüm erhielten der Oberpostsekretär Recker sowie sein Vertreter Oberpostsekretär Sommer und der Oberpostsekretär Straube Stubenarrest durch den französischen Delegierten, Oberpostsekretär Rührba wurde verhaftet.

Bei Landrat v. Dann in Trier wurde von der Besatzungsbehörde verhaftet.

Wiesbaden, 25. Januar. Polizeidirektor Frohmann und Polizeikommissar Enders sind ausgewiesen und schon gestern abend über die Grenze gebracht worden. — Die französische Besatzungsbehörde hat den Leiter des Deutschen Ein- und Ausfuhramts in Oms verhaftet.

Düsseldorf, 26. Januar. Der Regierungspräsident hatte mit dem französischen General Simon eine Unterredung, bei der es sich um die Verhaftung des Bürgermeisters und des Polizeipräsidenten handelte. Der General erklärte, der Polizeipräsident habe die Schutzpolizei bei der gestrigen Kundgebung absichtlich von der Straße ferngehalten. Nur der Besonnenheit der Besatzungsbehörde sei es zuzuschreiben, daß es nicht zum Blutvergießen kam. Der Regierungspräsident beurteilte das Abhängen verheerender Lieder und die Anrempelung von Posten, Demonstrationen würdiger Art von deutscher Seite ließen sich jedoch nicht verbieten. Ueber die Verhaftung des Bürgermeisters teilte General Simon mit, sie sei erfolgt, weil der Bürgermeister eine Aufschrift der Besatzungsbehörde entgegen dem Befehl nicht veröffentlicht habe. Dem Regierungspräsidenten wurde mitgeteilt, daß sich die beim Verhafteten in Düsseldorf befindlichen und sich vor dem französischen Gericht zu verantworten haben würden.

Düsseldorf, 26. Januar. Die Spitzen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden des Regierungsbezirks haben die Erklärung abgegeben, sie stellten sich durch Eid, Ehre und Gewissen für verpflichtet, nur den Anordnungen der Reichs- und Landesregierung Folge zu leisten. Alle ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter seien mit ihnen gleichen Sinnes. Sie erwarteten, daß auch die Besatzungsbehörde diese Stellungnahme billige.

Essen, 26. Januar. Der französische Hauptkommandant hatte dem Polizeipräsidenten erklärt, die französischen Truppen würden künftig bei Angriffen der Bevölkerung auf einen Posten von der Schutzwallen Gebrauch machen. Er bitte deshalb, daß die Polizeibeamten, wenn sie die Menge nicht mehr zurückhalten könnten, hinter die französischen Posten gingen. Der Polizeipräsident erwiderte, daß die deutsche Polizei sich niemals hinter französische Truppen zurückziehen werde, um diesen das Schußfeld für deutsche Landminen freizugeben. Die Polizeibeamten würden bis zum letzten Augenblick auf ihren Posten bleiben, um im Interesse der Bevölkerung einen Zusammenstoß zu verhindern.

Die englische Meinung

Von unserm englischen Korrespondenten

London, 24. Januar.

Die öffentliche Meinung in England über die Besetzung des Ruhrgebietes, wie sie sich in den verschiedenen Tageszeitungen und Wochenschriften widerspiegelt, ist merkwürdig verschieden. Drei deutliche Strömungen lassen sich unterscheiden.

1. Die konservativen Zeitungen (dazu gehören Morning Post, Daily Mail, Sunday Pictorial) verfechten mit allerlei belanglosen Phrasen die Ansicht, daß die von Frankreich ergriffenen Maßnahmen korrekt sind und schließlich dazu führen werden, daß Deutschland aus Angst die sagenhaften Schätze herausgibt, die es angeblich besitzt. Sie behaupten, daß Deutschland seit dem Vertrag von Versailles alles getan hat, um Zahlungen zu vermeiden, daß es sich darauf vorbereitet, loszuschlagen, sobald es wieder genug Kräfte hat; daß es in mancher Hinsicht heute das blühendste Land Europas ist, denn es hat keine Arbeitslosen; daß es nie die Absicht hatte, die Reparationen zu bezahlen, und daß deshalb der Zwang, wie ihn Frankreich jetzt ausübt, das einzig mögliche Mittel ist.

2. Die liberale Presse, deren bester Vertreter der Manchester Guardian ist, sieht deutlich, daß Europa immer schneller in eine bodenlose Tiefe stürzt und warnt Frankreich, da es durch sein Verhalten die Bezahlung der Reparationen nicht erzwingen kann, daß vielmehr für Frankreich eine lange Rechnung auflaufen wird, wenn die Besetzung nicht bald aufhört. Die liberale Presse befürwortet die Zurückziehung sämtlicher Besatzungstruppen aus Deutschland, weiß aber kein Mittel anzugeben, wodurch England die gegenwärtige Lage verhindern könnte. Sie sieht jedoch ein, daß England seine neutrale Haltung nicht mehr lange beibehalten kann; da der Zusammenbruch Deutschlands auch in England die schwersten Folgen haben wird, sollten unverzüglich Schritte getan werden, um die Frage dem Völkervand vorzulegen, dem beizutreten Amerika aufgefordert werden muß. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich durch sein Verhalten die öffentliche Meinung nicht

in England, sondern in der ganzen Welt vor den Kopf stößt. Der Oberber, eine große liberale Wochenschrift, bemerkt, daß die englischen Arbeiter keine Sehnsucht nach einem neuen Krieg haben, und daß sie von ihrer Freundschaft für Frankreich rapid zur Feindschaft für Deutschland hingetrieben werden.

3. Der New Leader, das wöchentliche Organ der Arbeiterpartei, das aber der Independent Labour Party besonders nahe steht, schreibt: „Allein die Arbeiterpartei hat einen Weg angegeben, wie die Sache beigelegt werden kann: wir müssen die Schulden der Alliierten untereinander annullieren und auf unsern Anteil an der deutschen Wiedergutmachungsumme verzichten, aber nur unter der Bedingung, daß Frankreich einwilligt, das ganze Rheinland zu räumen. Das ist unsere positive Politik, aber Mr. Bonar Law ist nicht bereit, sie zu der seinen zu machen, und Frankreich ist nicht bereit, sie anzunehmen. Unsere vornehmste Aufgabe ist es, diese Politik unsern Landsleuten anzupfehlen; unsere weitere Aufgabe ist, darauf hinzuwirken, daß der wirkliche Grund für Mr. Law's wohlwollende Neutralität gegenüber Frankreichs Uebergriffen seine Furcht ist, daß Frankreich unsere eigenen Absichten in Mesopotamien und den Darbanellen durchkreuzen könnte.“ In einem weiteren Artikel betont Mr. Brailsford die Notwendigkeit, daß England sich von den Fragen des nahen Ostens zurückzieht, damit es freie Hand bekommt, um in die europäischen Angelegenheiten wirksam einzugreifen.

Die Independent Labour Party hält im ganzen Land große Versammlungen ab — etwa 200 im ganzen —, in denen gegen die französische Haltung im Ruhrgebiet stark opponiert werden wird. Die Partei steht in der gegenwärtigen Lage eine ernste Gefahr, die Entstehung eines neuen, großen Krieges, in dem vielleicht Rußland, mit Deutschland und der Türkei verbündet, kämpfen wird, und sie bemüht sich, solange es noch Zeit ist, die internationale sozialistische Welt dagegen aufzurufen.